



Gewerkschaft der Polizei

Berlin

Gewerkschaft der Polizei • Kurfürstenstraße 112 • 10787 Berlin

Ulrich Maurer
Der Senator für Inneres und Sport
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen
Per E-Mail

Stephan Weh
Landesbezirksvorsitzender

Kurfürstenstr. 112
10787 Berlin

Tel.: 0 30/21 00 04-0
Fax: 0 30/21 00 04 29

gdp-berlin@gdp-berlin.de
www.gdp-berlin.de

03. Juni 2025

Betreff: Pyrotechnikverbot für den Privatgebrauch

Sehr geehrter Herr Senator Maurer,

in der kommenden Woche werden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern zur diesjährigen Frühjahreskonferenz der Innenministerkonferenz zusammensitzen, viele wichtige Probleme für die Innere Sicherheit unseres Landes besprechen und sich hoffentlich auf sinnvolle Elemente verständigen. Ich wünsche Ihnen für die kommenden Tage viel Erfolg, Durchhaltevermögen und Konstruktivität, möchte zugleich mit diesen Zeilen nochmals eine Problematik in den Fokus rücken – Das von uns geforderte Pyrotechnikverbot für den Privatgebrauch, das selbstverständlich an ein Verkaufsverbot jeglicher Pyrotechnik ab Kategorie F2 für den Privatgebrauch sowie ein Angebot an organisierten Veranstaltungen geknüpft ist.

Sie haben sicherlich mitbekommen, dass wir als Berliner GdP dazu eine Petition gestartet haben, die sich an großer Unterstützung erfreut. Momentan liegen wir hier bei 2.093.557 Unterzeichnern – Nach meiner Kenntnis die größte Petition, die jemals in Deutschland gestartet wurde und zugleich eine, die anders als gern dargestellt, eben kein reines Berliner Phänomen thematisiert. Wir erleben seit Jahren deutschlandweit einen Anstieg an Gewalt in der Silvesternacht und die zunehmende Nutzung zur Verfügung stehender Pyrotechnik als Waffe. Das lässt sich keinesfalls auf illegale Kugelbomben beschränken und ist eben auch nicht auf Metropolen eingrenzbare. Dennoch hat sich, womöglich auch aufgrund der Bundestagswahl dahingehend relativ wenig getan. Aus diesem Grund haben wir eine wissenschaftliche Umfrage in Auftrag gegeben, um mit gefährlichem Halbwissen aufzuräumen und Ihnen mehr Argumente zu liefern, um die Sprengstoffverordnung unseres Landes für die Innere Sicherheit anzupassen. Bei der Umfrage haben sich innerhalb von nur zehn Tagen fast 180.000 Menschen aktiv beteiligt. Neben der generellen Haltung zur Thematik haben wir auch nach demografischen Daten, Gründen für die jeweilige Position sowie der Haltung zu einem damit verbundenen Verkaufsverbot von Pyrotechnik der Kategorie F2 (Böllern, Raketen, Batterien etc.) und organisierten Veranstaltungen gefragt. So viel sei gesagt:

Die Bevölkerung ist bereit für ein Umdenken an Silvester, auch weil sich nur noch wenige auf die Straße trauen.

Die Teilnehmenden sprachen sich zu 97 % für ein Abbrennverbot im Privatgebrauch aus, vorrangig aus Umwelt- und Tierschutzgründen, aber auch aus Angst vor Gefahren. So gaben 70 % an, in der Silvesternacht gar nicht mehr auf die Straße zu gehen. 93 % sprachen sich für ein Verkaufsverbot aus, 95 % würden sich auch an dieses halten und nicht online bzw. im Ausland kaufen. 91 % befürworteten stattdessen organisierte Veranstaltungen mit zertifizierten Pyrotechnikern, immerhin 49 % würden diese auch besuchen. Unter den Antwortenden waren 63 % weiblich, 35 % männlich, 85 % über 30 Jahre, 18 % antworteten aus Nordrhein-Westfalen, 14 % aus Bayern, 13 % aus Berlin, 11% aus Baden-Württemberg, 20 % aus Millionenstädten, 24 % aus Städten über 100.000 Einwohner, aber auch 19 % aus Dörfern und Gemeinden bis 5.000 Einwohner.

Neben meinem Anschreiben erhalten Sie auch eine Präsentation zu den Ergebnissen, damit Sie die obenstehenden Werte besser einordnen können. Selbstverständlich könnten wir diese auch noch einmal spezifisch für Ihr Bundesland aufbereiten, sind in jedem Fall gesprächsbereit und hoffen auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Weh
Landesbezirkvorsitzender Gewerkschaft der Polizei LB Berlin